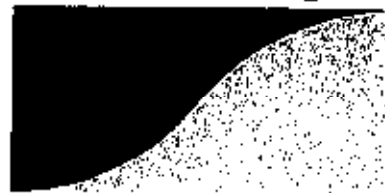


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmuth G. Schmidt  
Heustalle 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Hans-Jochen Vogel, Mitglied  
des SPD-Präsidiums, regi-  
striert bei der CDU neue  
Töne in der Berlin- und  
Deutschlandpolitik: Vor  
einer Wende? Seite 1

Volkmar Gabert MdEP würdigt  
Waldemar von Knoeringen:  
Das Gesicht der SPD mitge-  
prägt. Seite 2

Helmuth Rohde, MdB sieht  
frischen Wind auf dem EG-  
Gipfel: Die Bekämpfung der  
Arbeitslosigkeit rückt in  
den Vordergrund.

Seite 3

Egon Lutz, MdB äußert Nach-  
denkliches über die jüng-  
sten Daten der Bundesan-  
stalt für Arbeit: Die Ur-  
sachen werden deutlicher.

Seite 5

Alfred Emmerlich, MdB kün-  
digt Korrekturen des Bun-  
deszentralregistergesetzes  
an: Im Interesse der Be-  
troffenen. Seite 6

### Dokumentation

Willy Brandts Tischrede  
in Moskau. Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 122

2. Juli 1981

### Ganz neue Töne

Vor einer Wende der CDU in der Berlin- und Deutschland-  
politik?

Von Dr. Hans-Jochen Vogel  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Der Berliner CDU-Minderheitssenat ist seit seinem Amts-  
antritt vor knapp vier Wochen für allerlei Überraschungen  
gut. Die meisten waren für Anhänger wie Gegner des Senats  
eher negativ. Als Beispiel ist nur an den schwer verständ-  
lichen Zick-Zack-Kurs in Fragen der Berliner Linie zu  
erinnern.

Jetzt ist eine positive Überraschung zu vermelden. Mit einer  
bisher aus CDU-Mund noch nie gehörten Eindeutigkeit hat  
sich der Senat Weizsäcker/Lumner nämlich zur Berlin-Politik  
der Bundesregierung bekannt. In dem vom Senat dieser Tage  
vorgelegten Bericht über die Durchführung des Vier-Mächte-  
Abkommens und der ergänzenden Vereinbarungen zwischen dem  
1. Juni 1980 und dem 31. Mai 1981 hieß es unter anderem  
wörtlich:

"Die Erfahrungen mit der Durchführung des Vier-Mächte  
Abkommens und seiner ergänzenden Vereinbarungen haben  
auch in dem Berichtszeitraum die große Bedeutung des  
Vertragswerks für Berlin erneut bestätigt. Ungeachtet



der Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses ist die Lage in und um Berlin insgesamt weiterhin ruhig geblieben. Die stabilisierende Wirkung des Vier-Mächte-Abkommens hat sich erneut erwiesen."

Und an anderer Stelle wird gesagt:

"Die sonstigen durch die Verträge geschaffenen praktischen Verbesserungen funktionierten im wesentlichen reibungslos und sind weiterhin im Bewußtsein der Berliner selbstverständlicher Bestandteil des täglichen Lebens."

Bemerkenswerterweise verteidigt der Senat die Bundesregierung auch gegen den von Franz Josef Strauß im Oktober vergangenen Jahres erhobenen Vorwurf, sie habe schon vor dem 5. Oktober 1980 von der Absicht der DDR gewußt, den Mindestumtausch zu erhöhen. Dazu sagt der Bericht wörtlich:

"Die neue Mindestumtausch-Anordnung der DDR kam für Bundesregierung und Senat überraschend. Sie entsprach nicht dem Stand des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten bis Anfang Oktober 1980."

Für alle, die die bitteren Vorwürfe im Ohr haben, die von der CDU/CSU seit Jahren im Bundestag erhoben werden und die sich Herr Lummer in Berlin oft genug zu eigen gemacht hat, sind das ganz neue Töne. Hoffentlich haben sie Bestand, wenn der Konfliktstrategie dem auf die Spur kommt. (-/2.7.1981/ks/oa)

+ + +



### Wegbereiter der politischen Bildung

---

Waldemar von Knoeringen hat das Gesicht der SPD mitgeprägt

Von Volkmar Gabert MdEP

Vorsitzender der Georg-von-Vollmar-Akademie

Am 2. Juli 1971 erlag Waldemar von Knoeringen ganz plötzlich einem Herzversagen. Mit ihm wurde eine der größten Gestalten der deutschen und bayerischen Sozialdemokratie mitten aus der Arbeit gerissen. Er hat wie kaum ein anderer nach 1945 das Gesicht der Sozialdemokratie in Bayern, aber auch den Weg der deutschen Sozialdemokratie zu einer modernen Volkspartei geprägt. Seine Persönlichkeit wurde stark mitgeformt von einigen zentralen Punkten seines Lebens.

Da war der Kampf gegen den Nationalsozialismus, in dem der junge Waldemar von Knoeringen, ein begabter und begeisterter Redner, von Anfang an an der Spitze stand und dann später die illegale Tätigkeit, die er zuerst von Österreich und dann von der Tschechoslowakei aus für Bayern leitete. Am stärksten belastete hat ihn, als im Jahre 1943 die Organisation der illegalen Sozialdemokraten von der Gestapo aufgerollt wurde, 200 seiner Freunde angeklagt worden sind, zwölf davon hingerichtet wurden und zwölf in der Untersuchungshaft umgekommen sind. Mit diesem Opfertod seiner illegalen Freunde ist Waldemar von Knoeringen nie ganz fertig geworden.

Nach 1945 forderte ihn der damalige Ministerpräsident, Dr. Wilhelm Hoegner, auf, aus der Emigration nach Bayern zu kommen. Knoeringen folgte diesem Ruf und seine dynamische Persönlichkeit gestaltete den weiteren Weg der bayerischen Sozialdemokratie. Von 1947 bis 1963 war er Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in Bayern. In dieser Zeit gehörte er auch dem Parteivorstand der SPD an. Dem bayerischen Landtag gehörte er von 1946 bis 1970 an.

Er war ein überzeugter Föderalist und ging davon aus, daß Föderalismus Kontrolle der Macht und stärkere Mitwirkung der Bevölkerung am demokratischen Geschehen bedeutet. Er war der Baumeister der Viererkoalition, einer Regierung in Bayern unter sozialdemokratischer Führung vom Jahre 1954 bis 1957, die wie der Name sagt, aus vier Parteien gebildet worden war und der CSU erstmalig die Rolle der Opposition zuwies.

1958 wurde er in Stuttgart zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt. Er war in dieser Eigenschaft maßgeblich daran beteiligt, daß die deutsche Sozialdemokratie den Weg zum Godesberger Programm ging. Viele Formulierungen in diesem Programm stammen von ihm.

Hauptanliegen Waldemar von Knoeringens war immer die politische Bildung der Menschen. Deswegen gründete er die Georg-von-Vollmar-Akademie auf Schloß Aspenstein in Kochel am See und diese Bildungsstätte wurde zu einem Zentrum geistiger Neuorientierung für eine in die Zukunft gerichtete sozialdemokratische Bewegung. Seinem Gedächtnis ist der Waldemar-von-Knoeringen-Preis gewidmet, der heute erstmals verliehen wird. Preisträger ist der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz. Die Gedenkrede hält der SPD-Vorsitzende Willy Brandt.

Waldemar von Knoeringen wußte, daß eine Demokratie und eine freiheitliche Entwicklung nur dauerhaft gestaltet werden können, wenn die Menschen davon überzeugt sind, und wenn sie durch politische Bildung in die Lage versetzt werden, mitzugestalten und mitverantworten. An seinem zehnten Todestag sollten sich die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland vornehmen, alles zu tun, daß sein Wirken lebendig bleibt und in seinem Sinne fortgesetzt wird.



Frischer Wind auf dem EG-Gipfel  
-----

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit rückt in den Vordergrund

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Eines ist sicher: Die Diskussionen unter den Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft werden in Zukunft anders verlaufen als gewohnt. Am Tisch sitzen aus Frankreich nicht mehr die liberal-konservativen, phantasiearmen Angehörigen der Giscard-Administration. Auf der EG-Chefkonferenz in Luxemburg hatte Präsident Mitterrand seinen ersten Auftritt. Und daß dies nicht nur eine persönliche Antrittsvorstellung würde, war vorauszusehen. Auf Gemeinschaftsebene wurde die historische Dimension des Wechsels im französischen Präsidentenamt deutlich und bewußt gemacht.

Dies hat deshalb besondere politische Aufmerksamkeit nach sich gezogen, weil auch in anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft eine Stärkung der sozialistischen Position erwartet wird. In Italien sind die politischen Strukturen in Bewegung geraten. Das Wort vom Mittelmeer-Sozialismus macht die Runde. Und daß zum Beispiel in Belgien und Holland angesichts der Wirtschafts- und Sozialprobleme nicht mehr mit konservativen Methoden politisches Gleichgewicht gehalten werden kann, wird immer deutlicher. Margaret Thatchers Philosophie wird nicht die europäische Zukunft gehören. Man will nicht Anhängsel der monetaristischen Strategie der USA werden, wo rüde Kapital- und Budgetpolitik betrieben und das soziale Niveau drastisch abgesenkt wird. Eine solche Politik begegnet in Europa wachsendem Widerstand. Die Gemeinschaft wird darauf drängen, im Strukturwandel der 80er Jahre ihre eigene gesellschaftliche und politische Identität zu wahren.

Mitterrand hat auf der Ratssitzung der EG die Frage nach der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund gerückt. Nachdem die letzte Regierungschef-Konferenz in Maastricht im Frühjahr dieses Jahres sich so indifferent gegenüber diesem großen innenpolitischen Problem Europas verhalten hatte, konnte das Vorgehen Mitterrands nicht überraschen.

Auf das Drängen des neuen französischen Präsidenten nur mit monetären Einwänden zu antworten und zu fragen, woher denn für aktive Arbeitsmarktpolitik das Geld kommen solle, greift zu kurz. Dies müßte als der Versuch angesehen werden, eine wichtige Diskussion zu beenden, ehe sie überhaupt richtig begonnen hat. Denn: Wer vom Geld redet, der muß sich auch die Gegenfrage gefallen lassen, was eigentlich finanziell passiert, wenn keine aktive Beschäftigungspolitik betrieben wird.

Großbritannien unter Margaret Thatcher ist ein herausragendes Beispiel dafür. In diesem Land wachsen die Arbeitslosigkeit und die öffentlichen Schulden zugleich. Auf Dauer ist eben nichts so teuer wie Massenarbeitslosigkeit. Auch in der Bundesrepublik hat sich gezeigt, daß in diesem Jahr ein beachtlicher Teil der zusätzlichen Kreditaufnahme des Bundes durch die Haushaltsüberweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit verursacht worden ist.



Verzicht auf aktive Beschäftigungspolitik ist also unter budgetären Gesichtspunkten alles andere als "sparsam". Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wenn die Beschäftigung in Europa wegsacken würde, wachsen in der Gemeinschaft die Defizite in den öffentlichen und sozialen Haushalten.

Es gibt auch keinen sachlichen Grund, sich darüber aufzuregen, daß der französische Präsident über Fortschritte in der Arbeitszeitverkürzung diskutieren will. Angesichts wachsender Nachfrage nach Arbeit in Europa und im Blick auf ein von Rationalisierung und neuen Technologien beeinflusstes Angebot am Arbeitsmarkt muß darüber geredet werden. Es kann doch nicht ernsthaft angenommen werden, daß allein mit konjunkturpolitischen oder gar nur mit monetären Mitteln die Beschäftigungsverhältnisse ins Gleichgewicht zu bringen sind.

Art, Ausmaß und Tempo der Arbeitszeitverkürzung sind sicher diskussionswürdig. Aber abgesetzt werden kann das Thema nicht von der Tagesordnung - jedenfalls nicht für deutsche Sozialdemokraten. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß Arbeitszeitverkürzung, und zwar auch die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, ein wesentlicher Punkt im Europa-Wahlprogramm der SPD 1979 gewesen ist.

Was zeigt der letzte EG-Gipfel in Luxemburg? Eines ganz sicher: Die Regierungschefs werden künftig bohrender mit den Ansprüchen an ein soziales Europa konfrontiert werden. Dafür wird nicht nur der französische Regierungschef sorgen. Dies ist auch eine Erwartung der Europäischen Arbeitnehmerorganisationen.

Die Bonner Ministerien würden gut daran tun, sich an jene deutsche Initiative aus dem Jahre 1972 zu erinnern, mit der der damalige Bundeskanzler auf dem EG-Gipfel in Paris für ein "Soziales Europa" plädiert hat. Der deutsche Vorschlag enthielt eine Strategie für die Entwicklung sozialer Gemeinschaftspolitik, die es verdient, in Erinnerung gerufen zu werden. Hier werden die Bonner Ministerien Orientierung finden, die sie in Zukunft brauchen werden - bei ihrer Vorbereitung auf künftige EG-Gipfel und im Blick auf die deutsch-französischen Gespräche. (-/2.7.1981/ks/ca)

+ + +



## Die Ursachen werden deutlicher

Nachdenkliches zu den jüngsten Daten der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Wer mit Beginn des Sommers mit spürbaren Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt gerechnet hatte, muß sich nach der Analyse der vorliegenden Zahlen bitter enttäuscht sehen:

Für den Monat Juni ist wiederum eine Zunahme zu verzeichnen. Die Gesamtzahl beträgt jetzt 1.125.700. Das entspricht einer unveränderten Quote von 4,8 Prozent. Beunruhigend ist das Verhältnis zum vergleichbaren Vorjahresmonat. Damals waren 344.000 weniger Arbeitnehmer auf Beschäftigungssuche.

Bei den arbeitslosen Männern meldet die Bundesanstalt eine Zunahme zum Mai um 0,8 Prozent auf nunmehr 545.800. Das sind 190.300 mehr als im Vorjahresmonat. Die Quote beträgt 3,8 Prozent.

Der Arbeitsmarkt der Frauen bleibt problematisch. 580.000 weibliche Arbeitnehmer sind bei den Arbeitsämtern gemeldet. Das sind 11.750 mehr als im Vormonat. Die Quote stieg von 4,8 Prozent im Juni 1980 auf 6,5 Prozent im Juni 1981.

Negativtendenzen zeigen auch die Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Bei den jugendlichen Arbeitslosen sind 8.500 mehr auf Arbeitssuche als im Vormonat. Bei einer Quote von 3,9 Prozent bedeutet dies eine Gesamtzahl von 89.200. Immerhin sind dies 29.300 mehr als im Vorjahr. Allerdings sind hier die Schulentlassungen in den Ländern mit Ferienbeginn zu berücksichtigen. Bei den über 59jährigen ist eine starke Erhöhung im Verhältnis zum Vorjahr festzustellen. 80.000 ältere Arbeitnehmer sind ohne Arbeit, 16.800 mehr als im Vorjahr. Hier wird deutlich, wie die Betriebe auf Pläne der Bundesregierung die umstrittene 59-er-Regelung abzuschaffen, reagieren. Hier wird ein beschwerlicher Diskussionsweg vorgezeichnet. Auf dem Arbeitsmarkt der Schwerbehinderten sind ebenfalls keine positiven Anzeichen zu entdecken. Eine Zunahme von 1.750 im Juni auf nunmehr 84.400 (Vorjahr 19.000 weniger) läßt am Einstellungswillen der Betriebe zweifeln.

Eine Analyse der Teilarbeitsmärkte zeigt die tiefen strukturellen Probleme des bundesdeutschen Arbeitsmarktes. Die Bauindustrie ist faktisch nicht mehr existent. Bei einer Gesamtzahl von 50.600 und einer Zunahme von 115 Prozent gegenüber dem Vorjahr, muß man schon lange überlegen um ein einleuchtendes Konzept zur Konsolidierung zu entwerfen. Die Zahl der offenen Stellen im Bereich der Bauindustrie ist um 42 Prozent zurückgegangen.

Im Bereich der Metall- und Elektroindustrie sind 67.300 Arbeitnehmer ohne Beschäftigung. Das entspricht einer Zunahme, gemessen am Juni 1980, um 63 Prozent. Die Zahl der offenen Stellen nahm um 43 Prozent ab.

Ähnlich düster der Arbeitsmarkt für die Büro- und Verwaltungsberufe sowie der Warenkäufer: In der Gesamtzahl von 249.500 ist der Quartalskündigungstermin noch nicht enthalten. Dieser Kündigungstermin wird die Zunahme zum letzten Jahr um 32 Prozent noch einmal in die Höhe klettern lassen.

Die derzeitige Situation auf dem Arbeitsmarkt macht verschiedene Aspekte immer deutlicher:

- Die Industrie befindet sich in einer tiefen Strukturkrise. Dementsprechend reagiert der Arbeitsmarkt mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit. Inner weniger greift das Argument der konjunkturbedingten vorübergehenden Flaute. So zeigen die Arbeitslosenquoten tiefe regionale Unterschiede. Während Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Quoten um sechs Prozent melden, bildet Baden-Württemberg mit 2,9 Prozent das Schlußlicht. Diese Aufklärung läßt sich bis in Landkreise und Industrieregionen weiter aufschlüsseln.
- Zum zweiten hat die Mobilität der Arbeitnehmer zugenommen. Von den rund 823.000 Vermittlungen der Arbeitsämter waren 20 Prozent überregional. Dies belegt eindeutig, daß das dämliche Gerede von der "sozialen Hängematte" in der sich angeblich die Arbeitslosen befinden, einen Einblick in die wahren Probleme wahrlich vermissen läßt. Dies sollten sich verschiedene Feierabendarbeitsmarktpolitiker in ihr Stammbuch schreiben.

Fazit: Eine strukturelle Arbeitslosigkeit läßt sich nur mit gezielten strukturpolitischen Maßnahmen bekämpfen. Dies setzt eine genaue Analyse der Situation voraus. Dazu gehört die wirtschaftliche Sachkenntnis genauso wie die soziale Verantwortung und das Verständnis für die menschlichen Folgen einer längeren Phase der Arbeitslosigkeit.

Im Interesse der Betroffenen  
-----

## Das Bundeszentralregistergesetz wird korrigiert

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der Sozialdemokratischen Bundestagfraktion

Das Bundeszentralregistergesetz (BZRG) feiert 1981 seinen 10. Geburtstag. Ein sozial-liberales Reformgesetz hat sich bewährt. Es hat praktische Resozialisierungshilfe gebracht, ohne öffentliche Informationsbedürfnisse zu vernachlässigen. Nach Ansicht von Fachleuten ist es ein Muster für ausgewogenen Datenschutz.

Das Bundeszentralregistergesetz wird nun aus den Erfahrungen der ersten zehn Jahre heraus in einigen Punkten zu korrigieren beziehungsweise zu ergänzen sein. Ein erster Referentenentwurf liegt jetzt vor.

Die technischen Möglichkeiten einer Datenverarbeitungsanlage werden in noch größerem Umfang genutzt werden können. Schon bisher ist die EDV-Anlage imstande, Gerichte auf gewisse Unstimmigkeiten hinzuweisen. Zukünftig werden die Strafjustizbehörden zum Beispiel automatisch auch darauf hingewiesen werden, wenn eine Gesamtstrafenbildung unterblieben ist. Folge: Die vom Strafgesetzbuch gebotene Zusammenfassung von Strafen wird im Interesse des Betroffenen gewährleistet.

Soweit das Ausland Auskünfte über Verurteilungen deutscher Staatsbürger haben möchte, wird einerseits die Strafverfolgung auch über Landesgrenzen hinweg grundsätzlich ermöglicht werden müssen, andererseits gebietet aber die Fürsorgepflicht des Staates gerade bei Strafverfahren in Ländern mit anderen Rechtsvorstellungen eine gewisse Zurückhaltung und sorgfältige Prüfung des Einzelfalles. Die Beachtung dieser Fürsorgepflicht ist dann am besten sicherzustellen, wenn die Justiz das alleinige Auskunftsrecht hat und gewährleistet wird, daß der gebotene Schutz der deutschen Staatsbürger nicht durch Auskünfte anderer Behörden - etwa der Polizei - leidet.

Ein wesentliches Kapitel ist die Registrierung von Straftaten, die Deutsche im Ausland begangen haben. Das Bundeszentralregister wird zur Zeit jährlich über circa 12.000 Auslandsverurteilungen informiert. Eine Aufnahme in das Strafregister erfolgt nur dann, wenn auch nach hiesigem Recht eine Verurteilung zu erwarten gewesen wäre. Auf die Eintragung von Geringfügigkeiten wird man sicherlich verzichten können. Die Fairneß gebietet es, in dem Bundeszentralregistergesetz zu verankern, daß der Betroffene über die Tatsache der Eintragung unterrichtet wird und dadurch Gelegenheit erhält, sich gegen ungerechtfertigte Belastungen zu wehren. Dies ist schon deswegen erforderlich, weil das ausländische Strafprozeßrecht in großem Umfang Abwesenheitsverurteilungen kennt. Der gegenwärtige Wortlaut des Bundeszentralregistergesetzes läßt es beispielsweise noch zu, daß in Auskünften über Bundesbürger ohne deren Wissen Verurteilungen im Ausland mitgeteilt wurde, über die sie nur unterrichtet worden waren. Der Generalbundesanwalt hat aus rechtsstaatlichen Gründen die anzustrebende Gesetzesänderung in der Praxis vorweggenommen und informiert bereits jetzt im Ausland Verurteilte über eine erfolgte Eintragung. Dies muß im Bundeszentralregistergesetz festgeschrieben werden.

Die Existenzberechtigung eines Verkehrszentralregisters neben dem Bundeszentralregister wird angesichts einer schon jetzt weitgehenden Doppelspeicherung überprüft werden müssen. Der Wille zum Sparen kann zu einer bürgerfreundlichen und auch aus Datenschutzgründen wünschenswerten Neuregelung beitragen.

Der Katalog des Erziehungsregisters muß aus den Erfahrungen der letzten zehn Jahre heraus überprüft werden. Er sollte zum Beispiel von Kleinstkriminalität, von Einstellungen und Freisprüchen entlastet werden.

Schließlich ist der notwendige Umfang des Führungszeugnisses zu überdenken.

(-/2.7.1981/hl/ca)



DOKUMENTATION

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat am Dienstag in Moskau auf einem Empfang, der ihm zu Ehren von Generalsekretär Leonid Breschnew gegeben wurde, folgende Tischrede gehalten.

Gespräche, die dem Ernst der Lage angemessen waren  
-----

"Herr Generalsekretär, verehrte Anwesende,

Ich möchte Ihnen zunächst dafür danken, daß ihre Einladung mir die Gelegenheit gegeben hat, heute Ihr Gast zu sein. Mein Freund Hans-Jürgen Wischniewski und ich und unsere Mitarbeiter danken für die freundliche Aufnahme, die uns zuteil geworden ist. In unseren Dank möchte ich den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland einbeziehen, dem ich weiterhin wünsche, daß er hier im Interesse der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten nutzbringende Arbeit leisten kann. Es ist gut, Herr Generalsekretär, wenn man in schwieriger Zeit Gelegenheit hat, offen und gründlich miteinander zu reden. Ich habe Ihnen gesagt und will es hier unterstreichen: Wie die meisten meiner politischen Freunde und meiner Landsleute und vieler sonst in unserem Teil Europas erfüllt mich eine tiefe Sorge über die gegenwärtige internationale Lage und über das andauernde, verhängnisvolle Anziehen der Rüstungsschrauben. Über die Gefahren, die sich sogar auf das Überleben der Menschheit beziehen müssen.

Ich bedanke mich für die Gespräche, die dem Ernst der Lage angemessen waren und unserer gemeinsamen, wenn auch sehr unterschiedlichen Verantwortung entsprachen. Der gemeinsamen Verantwortung jedenfalls für den Frieden in Europa und - da wird die objektiv unterschiedliche Verantwortung noch deutlicher - in anderen Teilen der Welt.

Unsere Aufgabe bei diesem Besuch ist es, Informationen entgegenzunehmen und - so wir können - Auskünfte zu geben. Was uns gesagt worden ist, wird bei uns zuhause beachtet und bedacht werden.

Es wäre verwunderlich, wenn wir nicht hätten feststellen müssen, daß es in manchen wichtigen Fragen unterschiedliche Auffassungen gibt. Umso wichtiger ist es, daß nicht durch mangelnden Austausch der Meinungen Mißverständnisse entstehen, die die bilateralen oder multilateralen Beziehungen zusätzlich belasten.

Zumal es zwischen uns volle Übereinstimmung in der wichtigsten Frage überhaupt gibt: Den Frieden bewahren. Ich glaube, wir sind darauf miteinander durch Vertrag und Überzeugung festgelegt. Ich denke nicht daran, ein Jota von dem abzuweichen, was ich hier am 12. August 1970 gesagt habe. Und die Grüße, die ich Ihnen von Bundeskanzler Helmut Schmidt überbrachte, sind eine Bekräftigung dessen, was er Ihnen selbst gesagt hat: Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, und wir wollen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht.

Unserer Meinung nach ist nicht alles zutreffend und gerecht, was in den letzten Wochen gesagt wurde. Ich bitte Sie, mir abzunehmen, daß auch wir die schreckliche Bedeutung des 22. Juni 1941 nicht vergessen und die Lehren daraus gezogen haben. In Demut gedenke ich an dieser Stelle der Millionen, die durch den Hitler-Krieg unsäglich gelitten haben.

Ich habe hier für niemanden zu verhandeln. Ich habe schon gar nicht für die Vereinigten Staaten zu sprechen. Aber kein Zweifel, eine Begegnung zwischen den beiden ersten Männern der UdSSR und der USA wird für die Menschen in aller Welt von größter Bedeutung sein. Und ich meine, die Welt sollte nicht zu lange darauf warten müssen.





Unser Vertrag ist über zehn Jahre alt. Wir haben ihm damals unsere Verträge mit der Volkarepublik Polen, mit der DDR und mit der CSSR hinzugefügt. Im September werden zehn Jahre seit dem Berlin-Abkommen der vier Mächte vergangen sein. Das war der richtige Weg. Und ich kann nur dazu raten, das bisher Erreichte nicht in Frage zu stellen und aus den Verträgen noch mehr zu machen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten hat Fortschritte gemacht. Doch ich teile Ihre Auffassung von den noch zu nutzenden Reserven, die es auf beiden Seiten gibt. Wir wissen miteinander: Manches hat sich anders entwickelt, als wir es uns gewünscht hätten. Als wir, Herr Generalsekretär, Anfang der siebziger Jahre miteinander berieten - und die beiden Weltmächte wichtige Vereinbarungen trafen - hatten wir eine hoffnungsvollere Perspektive für die Entspannung, die europäische Zusammenarbeit und Sicherheit.

Die größte Enttäuschung für viele - weit über die Bundesrepublik hinaus - ist es gewesen, daß der politischen Entspannung keine militärische Entsprechung folgte.

Und nun stehen wir vor der schwierigen Aufgabe, die Entspannung wieder auf die soliden Grundlagen zu stellen. Denn ohne militärische Entspannung wird die politische nicht überleben, so wie es keine wirksamen militärischen Vereinbarungen geben wird ohne politische Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen. Und dann besteht die Gefahr, daß die achtziger Jahre kein gutes Ende nehmen.

Die Frage ist - mehr noch an die Weltmächte als an andere - ob die Politik wieder zu ihrem Recht kommt. Oder ob sie vor der Rüstungstechnik kapituliert.

Unser Ziel muß es sein - wie es anlässlich Ihres Besuches in der Bundesrepublik im Frühjahr 1978 gemeinsam festgestellt wurde - bei den Rüstungen zu einem annähernden Gleichgewicht mit gleicher Sicherheit für beide Seiten auf möglichst niedrigem Niveau zu kommen. Ich habe Ihnen gesagt, Herr Generalsekretär, und will es hier bekräftigen: Wir sind für Verhandlungen mit dem Ziel, Nachrüstungen überflüssig zu machen, indem Vorrüstungen korrigiert werden.

Bei uns in der Bundesrepublik Deutschland und anderswo in Westeuropa gibt es ein lebhaftes Interesse daran, daß die Verhandlungen in Madrid zu einem guten Abschluß gebracht werden. Denn es ist wichtig, daß der Helsinki-Prozeß sich weiter entfalten kann. Und daß der Weg geebnet wird für eine besondere Konferenz, die sich der Abrüstungsprobleme für Europa annimmt - realistisch, Ernsthaft, auf der Grundlage eines abgestimmten Mandats. Ich will jetzt nicht auf die verschiedenen weltpolitischen und auf krisenhafte Regionen bezogenen Fragen eingehen, von denen wir zumindest einige haben erörtern können.

Lassen Sie mich auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir wegen der Probleme miteinander in Verbindung bleiben, die das Verhältnis zu den Entwicklungsländern angehen. Grundsätzlich, denke ich, sind wir jedenfalls einig, daß die Wettrüstung auch deswegen gebremst werden muß, weil sonst der Welthunger nicht gebannt werden wird. Lassen Sie mich schließlich, aber mit ganzem Nachdruck sagen, daß wir sehr wünschen, Sie, Herrn Generalsekretär, in diesem Jahr - im November wie wir hören - in der Bundesrepublik Deutschland zu sehen. Ich weiß, daß ich dies gerade auch für den Bundeskanzler und den Vizekanzler sagen kann.

Dieser Wunsch geht weit über Parteigrenzen hinaus. Ich glaube, dies ist nicht nur für unsere beiden Staaten wichtig, sondern es könnte auch wichtig sein, um den im Interesse des Friedens unverzichtbaren Verhandlungsprozeß zu fördern."

(-/2.7.1981/vo-he/ca)

+

+

+

Verantwortlich: Willi Carl

